

seinerzeit völlig außerhalb jeder Vorstellung. Die Aussagen des Hirtenbriefs über Friedenssicherung und Sicherheitspolitik konzentrierten sich damals verständlicherweise auf den Ost-West-Konflikt, vor allem auf die *nukleare Abschreckung* bzw. deren ethische Bewertung.

Kirchliche Friedensethik erlebte in den frühen achtziger Jahren eine aus der politisch-militärischen Situation heraus verständliche *Konjunktur*, die sich in einer Vielzahl von Friedenshirtenbriefen, -denkschriften und -appellen äußerte und ganzen Kirchen- oder Katholikentagen ihren Stempel aufdrückte. Dann kamen der Fall der Mauer und der ideologisch-politische Zusammenbruch des kommunistischen Systems in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Europa stand noch ganz unter dem Eindruck dieser epochalen Umwälzung, als die irakische Besetzung Kuwaits den Golfkrieg auslöste, und kaum war Kuwait zurückerobert, brachen die Kämpfe im ehemaligen Jugoslawien aus, die immer noch nicht zu Ende sind.

Die Entwicklungen der vergangenen Jahre bildeten auch für die kirchliche Friedensethik eine deutliche *Zäsur*. Im speziellen Fall der Bundesrepublik wird dieser Einschnitt jetzt mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli voll wirksam, das verfassungsrechtlich den Weg zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr als Teil der Einbindung Deutschlands in kollektive Sicherheitssysteme freimacht: „Das Urteil ändert die gesamte deutsche Außen- und Sicherheitspolitik“ (*Heribert Prantl* in der „Süddeutschen Zeitung“, 13.7.94) – und damit auch die Koordinaten für deren Begleitung durch die Kirchen bzw. die kirchliche Friedensethik.

Natürlich steckt das Urteil vom 12. Juli zunächst nur einen Rahmen ab, von dem derzeit noch nicht absehbar ist, wie er im einzelnen gefüllt wird. Zum einen steckt die Bundeswehr noch mitten in ihrer *Umstrukturierung*, deren Hauptelement die Aufteilung in Hauptverteidigungs- und Krisenreaktionskräfte darstellt. Bis die Bundes-

wehr das ganze Spektrum an Aufträgen wirklich erfüllen kann, das ihr nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts jetzt grundsätzlich offensteht, werden noch einige Jahre ins Land gehen.

Zum anderen werden sich die westlichen Staaten nach den Erfahrungen der letzten Jahre vermutlich sehr genau überlegen, wann, wo und wie ein militärischer Einsatz zur Friedenssicherung oder Konfliktschärfung sinnvoll und erfolgversprechend ist oder nicht. Ob die neue Handlungsfreiheit der Bundesrepublik schon demnächst konkret unter Beweis gestellt werden muß, ist also alles andere als sicher.

Bei der konkreten politisch-militärischen Abwägung des Für und Wider von Auslandseinsätzen der Bundeswehr haben Kirche und kirchliche Friedensethik keine originäre Kompetenz. Ihre Aufgaben liegen im Vorfeld, sind aber gerade als solche wichtig. Zu Zeiten der Ost-West-Konfrontation haben kirchliche Stellungnahmen Kriterien für die sittliche Erlaubtheit der Abschreckung mit Massenvernichtungswaffen aufgestellt und immer wieder daran erinnert, daß militärische Mittel in ein überzeugendes Gesamtkonzept von Friedens- und Sicherheitspolitik eingebettet sein müssen. Unter den veränderten Bedingungen gelten die gleichen Grundsätze: Es muß alles getan werden, um Konfliktherde schon im Vorfeld gewaltsamer Auseinandersetzungen zu entschärfen, alle friedlichen Mittel der Konfliktbewältigung müssen versucht werden, bevor militärisch interveniert wird.

Im Friedenshirtenbrief der deutschen Bischöfe hieß es seinerzeit, der ethisch-normative Kerngehalt der Lehre „gerechter Verteidigung“ innerhalb einer umfassenden Friedensethik der Kirche sei eine „beschränkte, im konkreten Fall schwierige, dennoch für die ethische Orientierung bis jetzt unersetzliche“ Funktion. Analog zu dieser Aussage aus der Zeit des Ost-West-Konflikts und der nuklearen Abschreckung muß kirchliche Friedensethik heute Kriterien für „gerechte

Interventionen“ entwickeln, nicht im Sinn eines pauschalen moralischen Freibriefs für jetzt mögliche internationale Bundeswehreinätze, vielmehr als Beitrag zur Urteilsbildung im Interesse einer Friedenspolitik, die diesen Namen auch weiterhin wirklich verdient.

Der *innerkirchlichen Diskussion* über die vom Evangelium her gebotenen Wege der Friedensförderung und -sicherung wird der Stoff auch in den nächsten Jahren nicht ausgehen. Das gilt in besonderem Maß für die evangelische Kirche, in der durch das Votum des Rates der EKD jetzt eine Vorentscheidung im Streit um die Neugestaltung der Militärseelsorge gefallen ist: Der Rat favorisiert wie auch die Mehrzahl der gliedkirchlichen Synoden das Modell B, das den bisherigen staatlichen Beamtenstatus der Militärpfarrer aufheben möchte und eine Änderung des Militärseelsorgevertrags erforderlich macht.

Aber auch auf katholischer Seite werden auf dem Hintergrund des Urteils vom 12. Juli und seiner absehbaren Konsequenzen neue friedensethische Diskussionen nicht ausbleiben. Es ist zu hoffen, daß sie konstruktiv, realitätsbezogen und ohne gegenseitige Verketzerungen geführt werden. *ru*

Realistisch

Klassische deutsche Reiseziele sind unsicher geworden

Die Reiselust der Deutschen bleibt ungebrochen, trotz hoher Arbeitslosigkeit und einer höchstens sehr schüchtern auffrischenden Wirtschaftsflaute. Am Urlaub, glaubt man den euphorischen Berichten gerade der großen Pauschalreiseveranstalter, wird nicht gespart. Auch weltweit gilt der Tourismus immer noch als die Wachstumsbranche Nummer eins, auch wenn gleichzeitig der Konkurrenzkampf immer härter wird und bereits jetzt höchst problematische Überkapazitä-

ten in vielen Ferienländern bestehen. Dennoch erwarten optimistische Prognosen die Verdoppelung der touristischen Umsätze bis zum Jahr 2005.

Wer von dem Kuchen allerdings ein großes Stück abbekommt und wer sich mit Krümeln zufriedengeben muß, das bleibt eine ebenso spannende wie schwer zu beantwortende Frage. Bei den mittlerweile ganzjährigen Wanderungsbewegungen der Sonnenhungrigen, der Erholungsbedürftigen, Action-Besessenen und Kulturbeflissenen handelt es sich um eine hochsensible Angelegenheit.

Im Reisesommer 1994 bekommt dies beispielsweise der shooting star unter den Ferienländern, die *Türkei*, besonders zu spüren. Glaubte man noch, die Splitterbomben im Touristik-Paradies Antalya im Juni des vergangenen Jahres würden bald vergessen sein, haben die Anschläge im Frühjahr in Istanbul und Anfang Juli in den westtürkischen Urlaubszentren Fethiye und Marmaris – die Ermittlungsbehörden machen auch dafür die PKK verantwortlich – solche Hoffnungen radikal zerstört. Weniger als die Hälfte der erwarteten Deutschen, die traditionell größte Gästegruppe an der türkischen Mittelmeerküste, werden in diesem Jahr in die Türkei reisen.

Bislang genoß die Türkei den Ruf, eines der sichersten Ferienländer zu sein. Künftig aber wird man nun den Faktor politisch motivierter Terrorismus ins touristische Angebot und in die Urlaubspläne miteinberechnen müssen – ebenso wie in *Ägypten*, wo radikale Islamisten Reisebusse beschießen. Und auch auf Rhodos oder Kos werden sich Antiterrorereinheiten unter die Sonnenanbeter mischen, werden Reiseanbieter künftig besonders überzeugend die „absolute Sicherheit“ beschwören müssen, in welchem Verhältnis auch immer die Anschläge auf der griechischen Ferieninsel zu den jüngsten Bomben in der Türkei stehen. In puncto Sicherheit im Urlaub kommen aber auch Horrormeldungen aus Übersee. In Florida werden auf offener Straße und am helllichten Tage Touristen überfallen.

Der erschreckte Urlauber aber sucht sich neue Ziele, da helfen wie im Falle der Türkei auch die Beteuerungen und Versprechen der Ministerpräsidentin höchstselbst nicht mehr, erst recht keine Schuldzuweisungen an die Medien, ungerechtfertigt Panik geschürt zu haben. Schließlich gibt es genügend Ausweichmöglichkeiten, öffnen sich immer noch auch ganz neue Länder den Touristenströmen. Wer aber erst mal woanders war, kommt nur höchst zögerlich zurück. Eine Erfahrung, die man gegenwärtig beispielsweise in der einstigen Touristikhochburg Dubrovnik machen muß. Längst schlagen keine serbischen Granaten mehr ein, hat man mit Feuereifer die schlimmsten Schäden beseitigt – nicht alle jedoch: das erschütterte Vertrauen in drei sorgenfreie Wochen an der blauen Adria ließ sich bisher nicht wieder aufbauen.

Wer aber wollte dem Sonnen- und Erholungshungrigen sein doch mehr als legitimes Sicherheitsbedürfnis, den Wunsch nach Ordnung und Ruhe für die „schönste Jahreszeit“ vorwerfen? Oder ist ihm wirklich zu verübeln, daß der Wunsch, dem Alltag und seinen Problemen zu entfliehen, auch die Sehnsucht nach etwas Gegenwelt, eben Ferienwelt entstehen läßt? In dieser heilen Welt möchte man sich dann eben auch nicht mit ethnischen oder sozialen Spannungen und Konflikten auseinander-, erst recht sich diesen nicht aussetzen.

Allzu moralinsauer schmeckt da manche Tourismuskritik, die im Gegensatz zur Realitätsflucht den Tourismus heillos überfrachten will: Ausreisegenehmigung sollte es demnach nur für den „bewußten“, kultur- und bildungsbeflissenen, polyglotten Individualtouristen geben, der als Umwelt- und Außenpolitiker, als Botschafter in Sachen Völkerverständigung all das ausbügeln möchte, was das ganze Jahr über im eigenen Land, im Reiseland und im internationalen Dialog insgesamt versäumt wurde. Wer sich von ethnischen oder sozialen Spannungen und Konflikten vertreiben läßt, bietet nur erneut die Möglichkeit, das Lied vom genußsüchtigen, realitätsblinden

und überaus dummen Massen- und Trampeltouristen zu intonieren.

Das legitime Bedürfnis nach Erholung und Entspannung, nach einer möglichst großen Portion Gegenwelt hat aber seine unbestreitbar problematische Seite: die Dynamik hin zu total überzogenen Ansprüchen auf drei Wochen „Schöne neue Welt“ im Pauschalangebot, wenn nötig auch möglichst abgeschirmt vom traurigen Rest des Reiselandes oder dessen durchaus bedauerten Einwohnern. Müßig bleibt dabei zu fragen, was zuerst da war, Henne oder Ei, die übersteigerte Erwartungshaltung der Reisenden oder die Suggestion der Veranstalter, die heile, perfekte und sorgenfreie Welt, die Welt im Format der Hochglanzprospekte tatsächlich im Angebot zu haben.

Zwischen totaler Miesmacherei oder strikter Realitätsverweigerung, zwischen Katastrophentourismus oder nur noch Urlaub auf dem Balkon und im Bayrischen Wald aber muß es doch noch Platz geben für einen realistischen Umgang mit dem Thema Urlaub, Ferien und Tourismus, für mehr Ehrlichkeit gegenüber der sozialen, politischen und wirtschaftlichen, eben oft auch unsicheren Situation der Reiseländer. Vor dieser Realität die Augen nicht zu verschließen, aber auch ehrlich gegenüber den eigenen Urlaubsmotiven und -interessen zu sein und diese auch rücksichtsvoll wahrzunehmen, das macht wohl die Kunst des Reisens in der kleiner, aber deswegen nicht besser gewordenen Welt aus. *fo*

Wirkungslos

Frankreich betreibt auf gesetzlichem Wege Sprachreinigung

Der deutsche Zeitungsleser reibt sich die Augen, er kann es kaum glauben. Nur schon der Versuch, sich vorzustellen, der Deutsche Bundestag könnte ein ähnliches Gesetz aushecken, kä-